

«Ja, wir machen weniger Fortschritte, als ich gehofft hatte»

ETH-Professor Anthony Patt tritt für die Klimafondsinitiative von SP und Grünen auf.

Interview: Benjamin Rosch

Am Dienstag lancieren SP und Grüne den Abstimmungskampf um die Klimafondsinitiative. Mit auf dem Podium ist Anthony Patt, Professor für Klimapolitik am Institut für Umweltentscheidungen der ETH Zürich.

Im Unterschied zu vielen Ihrer Berufskolleginnen und -kollegen gelten Sie als Optimist. Was stimmt Sie so zuversichtlich, wenn Sie auf die Bemühungen gegen den Klimawandel blicken?

Anthony Patt: Wir sehen, dass viele Länder tatsächlich ihre Emissionen gesenkt haben. Selbst hier in der Schweiz sind die Pro-Kopf-Emissionen in den vergangenen Jahren um 40 Prozent gesunken, ohne dass unser Lebensstil ändern musste, ohne negative wirtschaftliche Konsequenzen. Speziell in den nördlichen Ländern lassen sich grosse Fortschritte beobachten. In Dänemark zum Beispiel sind die Pro-Kopf-Emissionen von Energie und Industrie 70 Prozent gesunken, und die restlichen 30 Prozent kriegen sie in den Griff. Das zeigt: Die Wende ist möglich. Wir können es schaffen.

Im vergangenen Dezember jährte sich das Pariser Klimaabkommen zum zehnten Mal. Da wurde festgestellt, dass die Welt die Klimaziele, darunter das 1,5-Grad-Ziel, verpasste. Alles nur Alarmismus? Nein, gar nicht! Diese Ziele werden wir auf jeden Fall verpassen, höchstwahrscheinlich haben wir es bereits. Ich sage gar nicht, es sei alles okay. 1,5 Grad haben grosse Konsequenzen. Aber ich meine: Eine Erwärmung um lediglich 2 Grad ist mit Anstrengung noch möglich, und das ist viel besser als 2,5. Vor 15 Jahren waren wir auf Kurs zu 3,5 oder 4. Es geht in die richtige Richtung.

Sind Sie sich da sicher? Deutschland diskutiert über eine Aufhebung des Verbrennerverbots, Donald Trump stellt den menschengemachten Klimawandel ohnehin infrage...

Zu Donald Trump möchte ich am liebsten nichts sagen. Dieser Backlash ist enorm und er hat Auswirkungen auf die ganze Welt. Zum Verbrennerverbot habe ich ein bisschen eine andere Haltung. Deutschland verfolgte das Ziel einer Emissionsreduktion bei Neuwagen um 100 Prozent per 2035. Nun sind es 90 Prozent. Ein Rückschritt, ja, aber kein besonders tragischer. Die Zukunft gehört ohnehin der Elektromobilität, die restlichen 10 Prozent werden kommen.

Und wie sieht es in der Schweiz aus? Glauben Sie noch an Netto-Null bis 2050, wie es die Schweiz im Klimaschutzgesetz vor wenigen Jahren verankert hat?



«Es geht in die richtige Richtung»: ETH-Forscher Anthony Patt sieht die Klimawende auf Kurs.

Bild: ETH Zürich/Giulia Marthaler

Das ist auf jeden Fall realistisch. Die Schweiz erzielt Fortschritte in den zwei grössten Emissionsquellen: Verkehr und Heizen. Schwieriger ist die Umstellung der Industrie. Wir werden sehen, was sich bewerkstelligen lässt. Und klar ist: Das wird nicht von allein passieren; es braucht weitere Anstrengungen.

Sie sind Mitglied im Weltklimarat. Wie gut steht denn die Schweiz in einem internationalen Vergleich da?

Gemessen an den finanziellen Möglichkeiten: ziemlich durchschnittlich. Die Schweizer Klimapolitik ist ambitionierter als viele östliche Länder, Japan und Australien beispielsweise. Die EU, vor allem die nordischen Länder, sind aber weiter. Die USA – vor allem einige Staaten

wie Kalifornien und New York – waren lange nicht schlecht unterwegs, aber das hat sich jetzt unter Trump rapide geändert. Also wir sind nicht wie die heutigen Amerikaner, aber wir sind überhaupt keine Spitzenreiter.

Und jetzt engagieren Sie sich politisch. Sie befürworten die Klimafondsinitiative von SP und Grünen.

Das würde ich nicht unbedingt sagen.

Bitte? Sie treten an der Pressekonferenz für die Initiative auf!

Ja, aber ich wurde als Experte um eine Einschätzung dazu gebeten. Ich verstehe das nicht als politisches Engagement. Aber ich kann inhaltlich etwas dazu sagen, als Wissenschaftler.

Und was sagen Sie als Wissenschaftler zur Initiative?

Was ich sage, belegt die Fachliteratur im In- und Ausland, das belegen zahlreiche Studien auch aus der Schweiz: Dass der Fortschritt schneller vorangeht, wenn der Staat neue Technologien fördert. Am besten ist ein Zusammenspiel aus drei Massnahmen: Förderung von innovativen Technologien, Vorschriften, wenn sich diese durchzusetzen beginnen, und zuletzt Lenkungsabgaben. Dies vor allem als Einnahmequelle für die Förderung, und sobald die kohlenstoffarmen Technologien bereits attraktiv sind. Alle drei sind nötig, aber man sieht auch, dass die Förderung bis jetzt am meisten gebracht hat. Und zwar um Faktor fünf bis zehn gegenüber den anderen beiden.

wenn man die Dinge wirklich anpackt.

Die Initiative sieht jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP für den Klimafonds vor. Reicht das? Man kann sagen: Es hilft. Berechnungen des Weltklimarats gehen davon aus, dass ein Industrieland wie die Schweiz gesamthaft 2 bis 4 Prozent des BIP investieren muss, um die Wende zu schaffen. Wenn davon rund ein Viertel aus dem Klimafonds stammt, ist bereits viel getan – aber es entbindet Gesellschaft und Wirtschaft nicht von ihren Pflichten.

Bereits jetzt existieren auf Gemeinde- und Kantonebene viele Fördermittel. Besteht nicht die Gefahr, dass diese ihre Kosten einfach auf den Bund überwälzen würden?

Das sind politische Entscheide. Dazu möchte ich nichts sagen. Ich kann lediglich aus wissenschaftlicher Sicht belegen, dass Fördermittel einen Wandel bringen. Studien zeigen, dass die Mehrheit der Menschen den Umstieg auf erneuerbare Energien befürwortet, solange dies nicht zu höheren Lebenshaltungskosten führt oder erhebliche Änderungen im Lebensstil erfordert. Nahezu alle erforderlichen Änderungen bestehen diese beiden Tests, wie beispielsweise die Isolierung eines Hauses und die Installation einer Wärmepumpe, die die Heizkosten in den kommenden Jahren senken. Allerdings sind die anfänglichen Investitionskosten oft hoch und erfordern mentale Energie, was ein Grund dafür ist, dass Familien und Unternehmen nur langsam Veränderungen vornehmen. Förderung ist wirksam, um Investitionen anzuregen. Die Investitionen bringen der Gesellschaft mehr Wohlstand. Und all dies ist politisch machbar.

Die öffentliche Diskussion in der Schweiz zielt derzeit in eine andere Richtung: Es wird um Geld gestritten für die Armee, nicht gegen den Klimawandel. Beobachten Sie den erwähnten Backlash auch in der Schweiz?

Ja, wir machen weniger Fortschritte, als ich noch vor wenigen Jahren gehofft hatte. Es gab diesen Moment vor der Pandemie, da schien die ökologische Wende auf dem Vormarsch und unantastbar. Andere Herausforderungen, wie beispielsweise Krieg, haben zu neuen Prioritäten geführt, was ich nachvollziehen kann. Ich hoffe, dass man versteht, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien unsere Sicherheit erhöht. Unsere Autos und Häuser, unsere Lastwagen und Industrie benötigen nicht das Öl, das Trump aus Venezuela fördern möchte. Es liegt an uns als Gesellschaft, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Und ich bin überzeugt, dass wir es können.

Das internationale Genf noch stärker unter Druck

Diplomatie «America first»: So lautet einer der zentralen Pfeiler der politischen Ideologie von US-Präsident Donald Trump. Diese zeigt sich auch in einer Abneigung gegenüber der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen von internationalen Organisationen.

Am Mittwoch schlug Trump hier einen weiteren Pflock ein: Per Dekret beschloss er den Rückzug der USA aus 66 internationalen Organisationen, Behörden und Kommissionen. Diese engagieren sich etwa für Gesundheitsversorgung, faire Bildungschancen oder den Klimaschutz. Begründung: Die betroffenen Organisationen würden «den Interessen der USA zuwiderlaufen».

Einige von ihnen, wie die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), haben ihren Hauptsitz oder wichtige Büros im internationalen Genf. Auch nicht mit der UNO verbundene Organisationen wie die International Union for Conservation of Nature (IUCN) mit Hauptsitz in Gland VD sind betroffen.

Der formelle Austritt der USA vollzieht eine Entwicklung, die Trump schon bei seinem Amtsantritt Ende Januar 2025 angekündigt hatte. Bei vielen der 66 Organisationen auf der Liste des Weissen Hauses hat Trump die finanzielle Unterstützung bereits eingestellt oder drastisch reduziert.

Der Rückzug der USA, bislang bei vielen internationalen Organisationen der grösste Geldgeber, trifft insbesondere das internationale Genf schwer. Ohne die Gelder aus Washington müssen sie Aktivitäten zurückfahren und Personal entlassen.

Bundesrat greift Genf unter die Arme

Auch deshalb beschloss der Bundesrat im Juni 2025, dem internationalen Genf bis 2029 mit 269 Millionen Franken unter die Arme zu greifen. Die Schweiz setzte damit ein Zeichen für den Multilateralismus, der aktuell in der Welt zunehmend bedroht sei, sagte Aussenminister Ignazio Cassis damals vor den Medien. Er bezeichnete die Bundesgelder als «Investition in die Zukunft einer Weltordnung, die auf der Stärke des Rechts, auf Regeln und auf Menschlichkeit beruht».

Gemäss Aussendepartement EDA verfolgen und analysieren die zuständigen Bundesstellen die jüngsten Entscheidungen der USA sowie deren mögliche Auswirkungen auf hier ansässige internationale Organisationen. Das internationale Genf spiele eine zentrale Rolle für den Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit und sei «von grosser Bedeutung für die Wahrnehmung der Schweiz als Gaststaat». Der Bundesrat beobachte die Lage aufmerksam und prüfe bei Bedarf Massnahmen im Rahmen der bestehenden Instrumente, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit des internationalen Genf weiterhin zu gewährleisten. (cbe)

«Ich hoffe, man versteht, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien unsere Sicherheit erhöht.»